Nr. 137 Donnerstag, den 13. Juni 1918 32. Jahrgang.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 13 — Fernruf

Die bisherigen Erfolge der Westoffensive: 6566 Quadratkilometer, 208 000 Gefangene.

Was ist's mit Wilson?

Wie die Stabspositen, die jetzt auch auf das amerikanische Volk niederzuhageln beginnen, im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten wirken werden, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen. Eher kann man schon voraussahnen, wie Herr Wilson auf sie reagieren wird. Mit dem ausgesprochenen Größenwahnsinn dieses Mannes verbindet sich ein böses Gewissen als Grundlage für eine Empfindlichkeit der Nerven und des Verstandes, die, wenn die Entwickelung andere Wege einschlägt als der Herr Präsident sie ihr vorgeschrieben hat, für seine Person das Schlimmste befürchten läßt. Über sein Charakterbild ist schon viel hin- und hergestritten worden; nachgerade ist man aber soweit, über diese eigenartige Herrschergestalt volle Klarheit gewinnen zu können.

Daß er von einer krankhaften Eitelkeit besessen ist, die keinen Widerspruch zu ertragen vermag, auch keinen politischen Widerspruch der gesetzgebenden Körperschaften des Landes, hat der amerikanische Kongreß, seitdem er Herrn Wilson umfassende Kriegsvollmachten übertrug, zu seinem Leidwesen schon wiederholt erfahren müssen. Zunächst ergab er sich darin, wohl in der Meinung, daß so wenigstens alles gut gehen werde. Aber da kamen die Enthüllungen über die ungeheure Mißwirtschaft im Bereiche der Luftfahrzeugindustrie, wo im Laufe eines Jahres fast eine volle Milliarde Dollars glatt verwirtschaftet worden ist, ohne daß für die Kampfbereitschaft des Heeres dabei auch nur das geringste herausgekommen ist. Nicht eine verwendungsfähige Kriegsflugmaschine hatten die Amerikaner bis zu diesem Frühjahr an der Westfront — und gerade auf diesem Gebiete glaubte unsere Heeresleitung sehr ernstlich mit einer starken Vermehrung der Kampfkraft unserer Gegner rechnen zu müssen. Das ging dem Washingtoner Senat denn doch etwas über die Hutschnur. Er setzte einen Untersuchungsausschuß ein, mußte aber bald erleben, daß Herr Wilson die nachhaltigsten Anstrengungen machte, um das Heft dieser hochnotpeinlichen Untersuchung in die eigene Hand zu bekommen. Bisher ohne Erfolg, womit indessen noch nicht gesagt ist, daß er nicht doch Mittel und Wege finden wird, um den Senatsausschuß lahmzulegen. Jedenfalls verstärkt sich unter diesen Umständen der Verdacht, daß der Herr des Weißen Hauses alle Ursache hat, gewisse Dinge nicht in das blendende Licht des Tages gerückt zu sehen; gewisse Dinge — und gewisse Personen, die ihm sehr nahe stehen. In eingeweihten Kreisen ist schon längst erzählt worden, daß Frau Wilson sowohl wie der finanzgewaltige Schwiegersohn des Präsidentenpaares, der in Newyorker Börsenkreisen zu Hause und mit ihnen verwandt und verschwägert ist, die bewegten Zeiten vor dem Eintritt der Union in den Krieg zu ausgiebigen Geldgeschäften benutzt haben, unter Ausbeutung ihrer Kenntnis der politischen Ereignisse, die ihr Herr und Meister herbeizuführen im Begriffe stand. Diese Kreise scheinen auch an dem Milliardenskandal, mit dem der Senat sich jetzt zu beschäftigen hat, ihren gebührenden Anteil zu haben, und so begreift es sich schon, daß der Präsident ihn ohne jede Rücksicht auf Anstand und Gesetz unterdrücken möchte.

Es begreift sich aber auch, daß er krampfhaft nach Ablenkungen sucht, um die allgemeine Aufmerksamkeit mit weniger angenehmen und gefährlichen Gegenständen zu fesseln. Daß er dabei nicht gerade wählerisch zu Werke geht, versteht sich von selbst. So vernahm er kürzlich von einer unglaublichen Schmähschrift gegen Kaiser Wilhelm, die irgendein hinterwäldlerischer Schmierfink fabriziert hatte. Herr Wilson hatte nichts eiligeres zu tun, als sich das Urheberrecht an diesem Machwerk übertragen und es danach in Millionen von Exemplaren, mit dem Stempel als amtliche Druckschrift versehen, im ganzen Lande verbreiten zu lassen. Eine Kampfesweise, die bisher auf dem ganzen Erdkreis für unmöglich gehalten wurde. Überhaupt scheint der deutsche Kaiser es ihm angetan zu haben. Als er kürzlich in einer Ausschußsitzung des Senats auf das Oberhaupt des Deutschen Reiches zu sprechen kam, redete er sich in eine so sinnlose Wut gegen den Hohenzollernfürsten hinein, daß seine giftigen Haßausbrüche den Zuhörern unerträglich wurden. Einer von ihnen erhob sich und drückte den Präsidenten auf den Stuhl nieder mit der Bemerkung, ein solches Auftreten schicke sich nicht für den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Herr Wilson mußte im Augenblick schweigen, aber daß ein Mann, der solcher Sinn- und Maßlosigkeiten überhaupt fähig ist, das Schicksal eines großen Volkes in seiner Hand behalten darf, ist doch eine niederdrückende Tatsache. Wenn es nach ihm ginge, würde ja sogar das Schicksal der ganzen Welt seiner Diktatorgewalt anvertraut werden. Aber es ist glücklicherweise dafür gesorgt, daß dieser Traum wenigstens nicht in Erfüllung gehen wird.

Wenn nicht alles täuscht, befindet Herr Wilson sich in einer geistigen Verfassung, die von Tobsucht nicht mehr weit entfernt ist: und sein moralischer Zustand ist ganz und gar der Rolle angepaßt, die die amerikanische Hochfinanz in diesem Kriege spielt. Mit einem so beschaffenen Widersacher ist ganz gewiß nicht zu spaßen; er muß unschädlich gemacht werden, je eher desto besser. Wird das amerikanische Volk, das es am meisten angeht, sich dieser Aufgabe nicht unterziehen, so wird es dem ehernen Gange des Krieges überlassen bleiben, auch hier das unausbleibliche Strafgericht zu übernehmen.

Siegreiche Kämpfe an der Oise.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 12. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Artilleriekampf wechselnder Stärke. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals v. Hutier gestern den erwarteten zur Wiedereinnahme des Höhenblocks südwestlich von Noyon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht.

Unter schwersten Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Le Ployron bis Autheuil zurückgeworfen.

Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zerschossen auf dem Kampffelde zwischen Mery und Bellon. Wo der feindliche Ansturm an unserem Gegenstoß zerschellte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an.

Das westliche Oise-Ufer nördlich der Matz-Mündung wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13 000 erhöht. — Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepont-Walde auf dem Ostufer der Oise. Dem weichenden Feinde stießen wir über Carlepont und Caisnes scharf nach und erreichten kämpfend die Linie nördlich von Bailly-Tracy le Val — westlich Rampcel.

Hartnäckig und keine Opfer scheuend setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

wtb. Berlin, 12. Juni, abends. (Amtlich.) Oertliche Kämpfe auf dem Schlachtfelde südwestlich von Noyon und südlich der Aisne.

*

Sechs Dampfer versenkt.

Berlin, 12. Juni. Amtlich wird gemeldet: **Im Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote 6 Dampfer von zusammen 22 000 Br.-Reg.-To. versenkt.**

Fochs Flankenfront bedroht.

Zürich, 12. Juni. Nach dem Urteil neutraler Militärkritiker ist jetzt Fochs Flankenfront im Rücken bedroht. Diese Lage hat sich aus der neuen deutschen Offensive bei Compiègne ergeben.

Paris eine belagerte Stadt.

Budapest, 12. Juni. Dem „Az Est" wird aus Genf gemeldet, **Paris biete schon jetzt das Bild einer belagerten Stadt. Viele Tausende von Verwundeten würden in Spitälern untergebracht, und große Massen von Flüchtlingen, selbst aus der unmittelbarsten Umgebung, überfluten die Stadt. Im allgemeinen herrsche in Paris überaus große Kopflosigkeit und Verzweiflung.**

Die Gewerkschaften gegen Clemenceau.

Genf, 12. Juni. In den französischen Gewerkschaften herrscht seit zwei Monaten eine ernste Bewegung gegen die Regierung, weil 40 000 Arbeiter an die Front geschickt wurden. Clemenceau wußte sich nicht anders zu helfen als dadurch, daß er die Gewerkschaftsführer unter der Bezichtigung der Friedenspropaganda ins Gefängnis steckte. Nun hat die sozialistische Kammerfraktion mit den Gewerkschaften beraten. Letztere verlangen eine völlige Änderung der Kriegspolitik auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens.

Frankreich wünscht Friedensvorschläge.

Genf, 12. Juni. Zu den in einigen deutschen Blättern erschienenen Artikeln über angebliche Friedensbereitschaft schreibt Clemenceaus „Homme libre": Wir dürfen uns nicht mit gebundenen Händen und Füßen einem Deutschland übergeben, das gegenüber den Vorschlägen Wilsons taub blieb. Indessen wollen wir seinem Militarismus die Behauptung nicht mehr in die Hände spielen, daß wir uns systematisch dem Frieden widersetzen. Möge Deutschland also sprechen. Wir sind bereit, ihm Gehör zu schenken. Dagegen weigern wir uns, seine unbestimmten Vorschläge zu Besprechungen entgegenzunehmen.

Über 200 000 Gefangene.

Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verlor, hat sich auf über 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Geschützbeute, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Noyon gewachsen. Der Feind hat nunmehr auf den verschiedenen Angriffsfronten das gesamte, auf über 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszonen mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen gesteigert.

Kein bloßes Remis, sondern Matt!

Am Schlusse einer umfangreichen Betrachtung über die Kriegslage im Westen schreibt Oberst v. Wattenwil in der „Züricher Post": Es kann als höchst wahrscheinlich gelten, daß uns noch die Sommermonate einen neuen, wirksamen Schachzug der deutschen Feldherren bringen werden, die gegenwärtig die Gestaltung des Krieges frei bestimmen können. Trotz der in Aussicht stehenden amerikanischen Hilfe vermindern sich durch jeden solchen Schlag die wertvollen Figuren der Feldherren der Verbandsheere in so sichtbarer und fühlbarer Weise, daß der Ausgang des großen Ringens nicht mehr in einem bloßen Remis, sondern in endgültiger Mattsetzung erwartet werden kann.

Weshalb greift Österreich nicht an?

Der Beantwortung dieser Frage widmet das „Berner Tagblatt" einen längeren Artikel, der zu dem Schluß kommt: Österreich-Ungarn hat seine ganze Armee bekanntlich unter den Oberbefehl Hindenburgs gestellt. Bei den Mittelmächten herrscht in allen militärischen Operationen ein einziger Wille. Was in Frankreich geschieht oder in Bulgarien oder was in Italien nicht geschieht, das ist alles wohl erwogen und muß einem einzigen großen Plane dienen. Wenn also die österreichischen Heere immer noch stilliegen und es geschehen lassen, daß die italienischen Divisionen nach Frankreich abgeführt werden, so beweist das nur, daß Hindenburg diesen italienischen Hilfsvölkern ebensowenig eine entscheidende Bedeutung für den Endsieg beimißt, wie den Amerikanern. Das Zurückhalten der Österreicher beweist nur, daß die drei großen Offensiven in Frankreich Vorläufer größerer Dinge waren, und bei diesen werden die Fahnen Habsburgs nicht fehlen.

Der deutsch-französische Gefangenenaustausch.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz veröffentlicht eine Denkschrift zu den deutsch-französischen Berner Vereinbarungen über den Austausch der Kriegs- und Zivilgefangenen, die folgende Vereinbarungen als wichtigstes Ergebnis für die weitere Dauer des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich hervorhebt: Kein Kriegsgefangener, mag er krank oder gesund sein, soll länger als 18 Monate in der Gefangenschaft verbleiben. Man spricht von einer Zahl, die auf beiden Seiten 100 000 überschreitet. Keine Gegenmaßregel für die Vergehen der Kriegsgefangenen darf gegen sie ohne vorherige Ankündigung und mit einer Befristung von wenigstens einem Monat durchgeführt werden. Es gibt keine Zivilgefangenen mehr. Der Betreffende, der in einem feindlichen Lande wohnt, hat das Recht, in seine Heimat zurückzukehren. Die Verschickungen (Deportationen) sind abgeschafft.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 12. Juni. Die Kriegserklärung Costa Ricas ist jetzt amtlich bestätigt worden.

Wien, 12. Juni. Der amtliche Heeresbericht meldet schwere Artilleriekämpfe an verschiedenen Stellen der italienischen Front.

Wien, 12. Juni. Das österreichisch-ungarische Linienschiff „Szent Istrón" (20 300 Tonnen) wurde bei einer Nachtfahrt in der Adria torpediert und ist gesunken. Etwa 30 Mann der Besatzung werden vermißt, die übrigen sind gerettet.

Amsterdam, 12. Juni. Im englischen Unterhause teilte Lord Cecil mit, daß die Werbetätigkeit in Ägypten von nachtbarem Erfolge begleitet sei.

Zürich, 12. Juni. Wie aus Peking gemeldet wird, sind in mehreren Städten Sibiriens Unruhen infolge der Hungersnot ausgebrochen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Aus Anlaß des Verhaltens einer Reihe hoher Prälaten und Kardinäle in den Ländern der Entente, die Deutschland oft ungerechtfertigterweise angriffen, hatte ein Vertreter der Köln. Volksztg. eine Unterredung mit dem **Kardinal-Erzbischof v. Hartmann.** Der Kardinal erklärte, es sei nicht seine Sache, über Mitbrüder des Episkopats ein Urteil zu fällen. Vor allen Dingen haben die deutschen Kirchenfürsten den ausdrücklichen Wunsch des Papstes vor Augen, Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der katholischen Hierarchie zu vermeiden. Die deutschen Bischöfe haben stets diese Verhaltungsregel befolgt, auch wenn sie dabei Opfer bringen mußten. Sie haben vielmehr alle ihre Kräfte darauf gerichtet, das Übel des Krieges nach dem herrlichen Vorbild des Papstes zu lindern.

✦ **Eine wertvolle Beihilfe zur Brotversorgung** wird Bayern dem Reiche leisten. Zwar hat im abgelaufenen Wirtschaftsjahre Bayern erhebliche Mengen Getreide an das Reich abgetreten, doch sind die bayerischen Kommunalverbände noch bis zum 15. August eingedeckt. Bayern wird daher alle Bestände, die über die Deckung bis zum 25. Juni hinausreichen, zunächst an die Landesgetreidestellen von den Gemeinden ausführen und dem Reich zur Verfügung stellen. Nur in den Großstädten bleibt der Versorgungsschwierigkeiten wegen der Bedarf bis zum 10. August gedeckt. Ergibt dann der Frühjahrsdrusch bis zum 25. Juli nicht den Ertrag, so werden die bayerischen Verbände nötigenfalls wie im Reiche von der Reichsgetreidestelle mit Hilfe des ausländischen Getreides aus dem Osten versorgt.

✦ **Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky,** die vor kurzem in Kopenhagen in dänischer Sprache unter dem Titel „Meine zwei Jahre in London" erschien, ist auf Verlangen des Fürsten zurückgezogen worden. Die dänische Veröffentlichung war auf Grund einer englischen Ausgabe mit einer Vorrede des Engländers John Murray erfolgt. Der Fürst machte geltend, daß zu dieser Veröffentlichung seine Einwilligung notwendig wäre.

✦ **Die Unstimmigkeiten in der nationalliberalen Partei,** die infolge der Stellungnahme zur Frage des gleichen Wahlrechts für Preußen entstanden sind, scheinen einer Krise zuzutreiben. Nachdem der Abg. Lohmann den Vorsitz niedergelegt hat, liegt bis zur Neuwahl eines Vorsitzenden die Leitung des Vorstandes in den Händen des Staatssekretärs des Reichsjustizamts Abg. Dr. v. Krause. Er dürfte mit dem Abg. Hausmann in der tatsächlichen Führung der Geschäfte abwechseln. Krause ist Anhänger des gleichen Wahlrechts, Haußmann Gegner des gleichen Wahlrechts. — Die nationalliberale Partei hat in ihrer Geschichte eine ganze Anzahl solcher Krisen zu verzeichnen, die alle immer beigelegt werden konnten, so daß eine Spaltung vermieden wurde. Ob auch diesmal eine Einigung auf der mittleren Linie zustande kommt, ist zumindest fraglich. Man rechnet vielmehr in eingeweihten Kreisen mit einer Fraktionsspaltung, die auch zu einer Trennung in der Partei führen müßte.

✦ **In bemerkenswerter Weise erklärte sich der bayerische Kriegsminister gegen die Unabhängige sozialdemokratische Partei.** In Beantwortung einer Interpellation wegen Ausweisung von Parteimitgliedern und ihrer Verbringung in Zwangsaufenthalt hob der Minister hervor, es sei Aufgabe der Regierung, angesichts der den vaterländischen Interessen zuwiderlaufenden Bestrebungen der Unabhängigen Sozialisten, der Ausbreitung der Partei mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Ausweisung und Zwangsaufenthalt seien solche Mittel, deren Anwendung auch den Krieg geboten sei.

Polen.

✖ Nach galizischen Quellen soll Ministerpräsident Steczkowski folgende **polnische Mindestforderungen** namens der polnischen Regierung in Wien und Berlin vorgelegt haben: Bündnis mit den Mittelmächten, Militärkonvention, staatliche Unabhängigkeit, Integrität des bisherigen Gebietes von Kongreßpolen, territorialer Ausgleich in ethnographisch-polnischen Gebieten östlich der Linie Narew—Bobr—Njemen für den Verlust der litauischen Kreise Wladyslawow, Kalwarja, Wylkowyss, Mariampol im Gouvernement Suwalki, ferner Grenzregulierung gegen die Ukraine, welche strategischen Notwendigkeiten entspricht, und schließlich Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung durch Abschluß eines Handelsvertrages, welcher im Wege der freien Weichselschiffahrt den Zutritt zum Meere sichert.

Österreich-Ungarn.

✖ **Der große Ausschuß des Reichsverbandes der österreichischen Industrie** nahm in der Frage des **Wirtschaftsverhältnisses zu Deutschland** mit überwiegender Mehrheit Leitsätze an, nach denen ein Wirtschaftsbündnis auf Grund wechselseitiger Vorzugsbehandlung zu erstreben sei. Zur Erreichung dieses Zieles sei vor allem die möglichste Vereinheitlichung aller Einrichtungen und Verfügungen des Verkehrs, des Handels, der Finanz und sozialpolitischer Natur anzubahnen.

Amerika.

✖ **Über die wahren Kriegsgründe Wilsons hat ein** Teil der deutschen Presse in den Vereinigten Staaten interessante Mitteilungen veröffentlicht, die zu scharfen Maßnahmen gegen diese Blätter geführt haben. Nach



Poincaré's Frontreise

Bericht in der Kammer: „Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen!"

diesen Berichten hat Wilson im vertrauten Kreise erklärt, die Vereinigten Staaten seien in den Krieg eingetreten, um den Wettbewerb Deutschlands in Südamerika und Mexiko loszuwerden. Zugleich aber, weil sie Interesse daran hatten, daß England in einem langen Kriege möglichst geschwächt werde, damit die amerikanischen Trusts freie Hand auf dem Weltmarkt bekommen! — So sehen Wilsons Ideale aus!

Aus In- und Ausland.

Berlin, 12. Juni. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Reichsstempelgesetzes beim Kapitel Gesellschaftsstempel fortgesetzt.

Berlin, 12. Juni. Gestern ist eine militärische Abordnung der russischen Sowjetrepublik in Berlin eingetroffen. Sie stellt einen Teil der Kommission dar, die eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art beraten soll und Ende dieser Woche zum ersten Male zusammentreten wird.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Die Landgräfin von Hessen, das älteste Mitglied des preußischen Königshauses ist, 82 Jahre alt, heute früh gestorben. Die Landgräfin war schon vor Wochen einmal totgesagt worden.

Wien, 12. Juni. Der österreichische Minister des Innern Graf Toggenburg ist zurückgetreten. An seiner Stelle wurde Polizeipräsident Gager ernannt.

Rotterdam, 12. Juni. Der frühere japanische Minister des Auswärtigen Kato erklärte, die japanische Intervention in Sibirien diene lediglich der Aufrechterhaltung des Friedens.

Bern, 12. Juni. Der Nationalrat nahm einen Antrag an, den Abschluß eines Wasserwirtschaftsvertrages mit Deutschland herbeizuführen.

Bern, 12. Juni. Mehrere hervorragende Inder haben an Präsident Wilson eine Botschaft gerichtet, die auf die englische Mißwirtschaft in Indien hinweist.

Genf, 12. Juni. Das Pariser Revisionsgericht verwarf die Berufung der in dem Verfahren gegen die Zeitung Bonnet Rouge Verurteilten.

Wahlrechtsmeinungen der Presse.

Nach der Annahme des Kompromisses im preußischen Abgeordnetenhause.

Der abermalige Sieg derjenigen preußischen Politiker, die sich mit dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht nicht befreunden können, sondern in einer durch Zusatzstimmen herbeigeführten Abstufung mehr Heil für die Zukunft des Staates erblicken, war im voraus sicher. Dennoch mußte die große Mehrheit in Erstaunen setzen, mit welcher in den grundlegenden Paragraphen 3 das Pluralwahlrecht als unerläßlicher Grundsatz festgelegt wurde. 255 Stimmen für diesen durch zwei Zusatzstimmen gekennzeichneten Grundsatz und nur 154 Stimmen dagegen, also für allgemeine, gleiche und direkte Wahl und damit für den Regierungsvorschlag — die stattliche Summe von 101 überschießenden Stimmen, die sich seit der dritten Lesung (236 gegen 185) durch Zuzug aus dem Zentrum bilden konnte, spricht für sich selbst. Das kommt neben der Besprechung der Regierungserklärung auch in den Urteilen der Parteipresse der verschiedenen Richtungen zum Ausdruck.

Stimmen von Rechts.

Die strengkonservative Kreuzzeitung nimmt besonders Anstoß an der Regierungserklärung. Die Regierung, die den Verständigungsversuch der Mehrheit ablehnte, sei offenbar nicht frei in ihren Entschlüssen; die preußischen Interessen

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

12. Juni. Die Franzosen werden westlich der Oise auf der ganzen Angriffsfront zurückgeworfen und ziehen sich auf dem Ostufer der Oise zurück. Feindliche Gegenangriffe scheitern. Die Zahl der Gefangenen steigt auf über 18000.

würden der demokratischen Reichstagsmehrheit zuliebe ausgeopfert. Die den Bund der Landwirte vertretende Deutsche Tageszeitung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Regierung schließlich doch noch aus dem Ergebnis der Abstimmung den Anlaß zum Entgegenkommen gegen die Mehrheitsforderungen nehmen werde. Peinliche Verlegenheit, meint die nationalpolitische Tägliche Rundschau, herrsche bei dieser Regierung und diesem Parlament seit dem Tage, da der preußische Kultusminister durch Forschheit einem damals noch denkbaren billigen Kompromiß zwischen Regierung und Parteien den Weg verlegte.

Aus der Mitte.

Das führende Zentrumsblatt Germania findet für den Abmarsch einer Anzahl Zentrumsmitglieder zu den Gegnern des gleichen Wahlrechts genügende Erklärung in der Steifnackigkeit der Linken gegen die Sicherungswünsche des Zentrums. Dennoch dürfe man zu allzu großem Frohlocken auf der Rechten keinen Grund haben. Die Entwicklung im Staatsleben lasse sich zuweilen wohl ein wenig hemmen, wirklich aufhalten lasse sie sich nicht. Darum werde auch der Tag des gleichen Wahlrechts in Preußen kommen.

Halb- und Ganzlinks.

Die gemäßigt-liberale Vossische Zeitung konstatiert, daß die Sache der Wahlrechtsgegner bisher mit größerem taktischen Geschick geführt wurde als die der Freunde der Vorlage. Das Resultat sei aber nur ein Zustand der Unsicherheit. Über menschliche Anforderungen, sagt das entschieden liberale Berliner Tageblatt, stellt der Beschluß der Mehrheit an die Geduld des preußischen und darüber hinaus des ganzen deutschen Volkes. Nach der Meinung der demokratischen Frankfurter Zeitung schafft das zum Beschluß erhobene Kompromiß ein klares politisches Ausnahmerecht gegen die große Masse der Arbeiter. Der sozialdemokratische Vorwärts aber erklärt, das Dreiklassenparlament habe mit dieser Abstimmung bewiesen, daß es nur noch zu einem gut ist, nämlich mit Schimpf und Schande davongejagt zu werden.

Besonders breit beschäftigt sich die liberale und sozialdemokratische Presse noch mit dem plötzlich bei der Abstimmung auftauchenden Antrag des linksnationalliberalen Abgeordneten Dr. Hagemeister, der bei der Annahme des Mehrstimmenrechts den Kriegsteilnehmern ebenfalls eine Zusatzstimme geben wollte. Der Antrag wurde abgelehnt; doch erklärte der Abgeordnete Lohmann, bekanntlich einer der Väter des Kompromisses, nach der Ablehnung, wenn der Antrag Hagemeister früher vorgelegen hätte, würde die Mehrheit ihn in Erwägung gezogen haben.

Und somit ist die Entscheidung wieder einmal gegen die allgemeine Gleichstellung an der Wahlurne gefallen gegen Regierungsvorlage, gegen liberale und sozialdemokratische Wünsche. Nationalliberale und Zentrumsleute stehen gespalten da, die eine Hälfte der Parteien für, die andere wider. Was nun werden wird? In 27 Tagen, also frühestens am 3. Juli hat nach der Verfassung eine fünfte Lesung stattzufinden und dann kann das Herrenhaus das schwierige Werk in Angriff nehmen. Ob mit der Zeit auch bei dieser verwickelten Angelegenheit Rat kommt?

Die Fortsetzung der vierten Lesung.

(157. Sitzung.) tt. Berlin, 12. Juni.

Am Regierungstische wohnen die Minister Dr. Friedberg und Dr. Drews den Verhandlungen bei. Die 4. Lesung der Wahlrechtsvorlage wird fortgesetzt beim § 24.

Wahlbezirke, Verteilung der Mandate, Verhältniswahl.

Die Abgeordneten v. Heydebrand (kons.), Dr. Lohmann (natl.), Lüdicke (fk.) und Genossen beantragen Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Wahlbezirken der Regierungsbezirke Danzig, Posen und Bromberg. Weiter soll die Abgrenzung der Wahlbezirke oder die Verteilung der Abgeordneten auf sie nur durch eine Dreiviertelmehrheit in beiden Kammern abgeändert werden können. (In der dritten Lesung war eine Zweidrittelmehrheit dafür eingesetzt worden.) Die Abgg. Brust, Gronowski (Ztr.) und Genossen wollen in den dichtbevölkerten Wahlbezirken statt auf je 250000 Einwohner bereits auf je 150000 Einwohner einen weiteren Abgeordneten wählen

Das kleine Paradies.

Roman von **Irene von Hellmuth.**

4) (Nachdruck verboten.)

Linda setzte sich dem jungen Mann gegenüber und starrte ihm dreist ins Gesicht. Man merkte es wohl — von ihr hätte Felix Ebbhardt keinen Korb bekommen, wenn er sie begehrt hätte. Sie bemühte sich auf alle mögliche Weise, ein Gespräch mit ihm aufrechtzuerhalten und seine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Aber es wollte ihr nicht gelingen. Der Gast schien sehr zerstreut; er gab manchmal ganz verkehrte Antworten, wenn sie ihn in liebenswürdigster Weise um etwas fragte. Wie träumend saß er da. Manchmal suchte er Marias Antlitz, doch nur scheu und verlegen, wie wenn er etwas Unrechtes täte. Linda beobachtete das mit eifersüchtigen Blicken. Was half es, daß sie zornig die Zähne in die Unterlippe grub, daß sie heimlich die Faust ballte und die schöne Schwester haßte, weil ihr alle Herzen zuflogen, obgleich sie sich nicht im mindesten darum bemühte. Maria saß auch jetzt ziemlich einsilbig und wortkarg da, kaum daß sie hie und da den Kopf hob. Und die Blicke des jungen Mannes hingen in scheuer Bewunderung an dem reizenden Gesicht des jungen Mädchens. Wie seltsam aber auch die dunklen Augen und Wimpern mit dem hellen Haar kontrastierten!

Das Gespräch stockte alle Augenblicke; es wollte nicht in Fluß kommen. Als Felix Ebbhardt endlich aufstand, um sich zu verabschieden, da atmete Maria wie befreit auf.

Linda versuchte zwar, den jungen Mann zum Bleiben zu nötigen; doch er sagte kurz und bestimmt: „Ihr Vater bedarf der Ruhe — ich will nicht länger stören."

„Aber deshalb brauchen Sie doch nicht zu gehen," drängte Linda eifrig. „Vater kann immerhin einstweilen ins Haus gehen, bitte, leisten Sie uns doch noch ein wenig Gesellschaft!" Sie legte die Hand auf seinen Arm, um ihn zurück zu halten.

Einen Augenblick stand er unschlüssig; er suchte Marias Antlitz und man merkte es, er wäre so gern noch geblieben, hätte sie ihm nur die kleinste Aufmunterung zu teil werden lassen. Doch beharrlich hafteten Marias Augen am Boden, nur ein feines Rot der Erregung färbte die zarten Wangen; denn sie fühlte die bittenden Blicke des jungen Mannes.

Seufzend wandte sich Felix Ebbhardt endlich an den alten Herrn, um Abschied zu nehmen. „Wenn Sie gestatten, mein lieber Meister, so komme ich bald einmal wieder, um mich nach Ihrem Befinden zu erkundigen."

„Sie werden uns jederzeit willkommen sein, beeilte sich Linda mit süßem Lächeln zu antworten, indem sie ihm die Hand reichte.

Er lächelte melancholisch.

„Und Sie," — er stand jetzt dicht vor Maria — „Sie sagen kein Wort, daß ich wiederkommen soll? Bin ich Ihnen wirklich zuwider?"

Maria schüttelte den Kopf.

„Zuwider — nein" — —

Er faßte mit heißem Ungestüm nach ihrer herabhängenden Hand.

„So darf ich also hoffen, daß Sie mir eines Tages freundlicher gesinnt sein werden? Bitte, bitte, Fräulein Maria, geben Sie mir nur ein einzigesmal Gelegenheit zu einer Aussprache, damit ich Ihnen sagen kann, wie es mir ums Herz ist!" —

Er hielt noch immer ihre Hand in der seinen.

„Ach, wozu?" entgegnete Maria, ohne ihn anzusehen. „Es wäre nur eine unnütze Quälerei, die uns beiden peinlich werden müßte!" —

Enttäuscht ließ er ihre Hand fallen und schritt gesenkten Hauptes davon.

Linda hatte kein Wort der leise geführten Unterhaltung verstehen können, so sehr sie sich auch bemühte. Als der Gast außer Hörweite war, begann sie in aufgeregtem Ton: „Du fade, abgeschmackte Prinzessin hättest auch ein Wort sagen können, dann wäre Herr Ebbhardt gerne noch geblieben! Aber du stehst immer da, als könntest du nicht bis drei zählen! Hast ihn ja förmlich hinausgeworfen! Du wirst schon noch sehen, wohin dein Hochmut dich führt! Albernes Ding, du!" —

„Ich bin nicht hochmütig," verteidigte sich Maria.

„Freilich, nicht immer!"

Lindas Augen funkelten hämisch und boshaft, als sie in steigender Erregung fortfuhr: „Du denkst wohl, ich weiß nicht, wer dir im Kopf steckt? Da müßte ich ja blind sein! Ach, du brauchst gar nicht aufzufahren," fügte sie auflachend hinzu, als Maria eine heftige Bewegung machte, „ich habe es recht gut bemerkt, wie du rot wirst, wie deine Hände zittern und deine Augen leuchten, wenn dieser geschniegelte und gebügelte Assessor Held auf der Bildfläche erscheint! Er war zwar erst einigemal mit Vetter Max hier, aber du — du hast sofort Feuer gefangen! Da ist freilich keine Spur von Stolz an dem gnädigen Fräulein zu bemerken! Da ist pure Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit. Ganz anders als bei Herrn Ebbhardt! Haha — gelt, jetzt hab ich dich — Prinzessin?" höhnte sie, als Maria mit leisem Schrei auf die Bank zurückkam und die Hände wie geblendet vor das Gesicht schlug. Ihr war plötzlich, als flamme ein grelles Licht vor ihr auf, das sie zwinge, die Augen zu schließen. Das, was sie sich noch nicht einmal selbst eingestanden, wurde hier laut und brutal hinausgeschrieen. Doch nur ein paar Sekunden währte Marias Schwäche. Sogleich sprang sie wieder auf und stand, bebend vor Zorn, mit hochgeröteten Wangen vor der höhnisch lächelnden Schwester: „Du — du — es ist alles nur Einbildung von dir — weiter nichts! — Du hast dir da etwas zusammengereimt, um mich zu ärgern! Sage so etwas wie vorhin nicht noch einmal, sonst — könnte ich vergessen, daß du meine Schwester bist!"

„Ach, willst mich wohl schlagen? — Du? — Gerade weil du dich so erregst — gerade deshalb ist es wahr! Ich sehe Gott sei Dank noch recht gut! Aber wegen dieses famosen Herrn Assessors Joachim Held," — sie betonte spöttisch jedes Wort, — „brauchst du dir gar keine Illusionen zu machen; denn er beachtet dich ja kaum, du bist für ihn viel zu unbedeutend. Er geht doch nur wegen seines guten Freundes mit heraus, nicht wegen dir! Und wenn er, wie das letztemal, deine zitternden Fingerspitzen an die Lippen führt, so brauchst du dir deshalb noch lange nichts einzubilden, er ist das eben so gewöhnt. In den Kreisen, in denen er verkehrt, tut das jeder!

(Forts. folgt.)

...ffen; ferner beantragen sie, das Verhältniswahlsystem auch in Groß-Berlin und in den Industriebezirken Rheinland-Westfalen einzuführen. Ein Antrag Aronsohn (Vp.) will das Verhältniswahlsystem auch in den gemischtsprachigen Bezirken Oberschlesiens und Schleswigs sowie in einer Reihe städtisch-industrieller Wahlkreise des Westens einführen.

Die Abgg. Korfanty (Pole) und Adolf Hoffmann (U. Soz.) erblicken in dem Antrag Heydebrand-Lohmann ein Ausnahmegesetz gegen Polen und Sozialdemokraten. Abg. Dr. Ludewig (natl.) tritt für die Ausdehnung der Verhältniswahl auf Oberschlesien ein. Abg. Hoff (Vp.) sieht in dem Verlangen nach dem Schutz der jetzigen Wahlkreiseinteilung eine ungeheure Provokation. Der Antrag Aronsohn gibt die Möglichkeit, den Kompromißantrag in gerechter Weise zu ergänzen. (Sehr richtig! links.) Abg. Lüdicke (natl.) sagt: Wir wünschen das Verhältnis zwischen Abgeordnetem und Wahlkreis nicht zu lockern.

Die Dreiviertelmehrheit bei Wahlkreisänderungen wird nach Gegenprobe vom Präsidenten für angenommen erklärt. Die Richtigkeit dieser Beurteilung wird von der Linken in erregten Zurufen bezweifelt. Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) weist zur Geschäftsordnung darauf hin, daß das Bureau gerade nur aus Wahlrechtsgegnern bestehe. Stürmische Entrüstungsrufe. Der Präsident ruft Hoffmann wegen dieser Anzweiflung der Unparteilichkeit des Bureaus zur Ordnung.) Ich behaupte nicht, daß das Bureau parteiisch sei, aber die Mehrheit, die man wünscht, sieht man auch eher. (Unruhe.)

Der Kompromißantrag über die Verhältniswahl wird angenommen, alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer.

Der konservative Abg. v. Kries erklärt, seine Partei habe gegen den Antrag, den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu geben, gestimmt, weil die Frage der Kriegsteilnehmer mit den andern Fragen verkoppelt war. Es wird sich vielleicht Gelegenheit ergeben, noch bei der fünften Lesung die Sache zu regeln. Abg. Freiherr v. Schleinitz (frkons.) gibt dieselbe Erklärung ab. Es entspinnt sich eine längere erregte Aussprache zwischen den Abgg. Hirsch-Berlin (Soz.), Lucas (natl.), Hoff (Vp.), Adolf Hoffmann (U. Soz.) einerseits und den Abgg. Dr. Arendt (frkons.), v. Plehwe (kons.), Dr. Lohmann (natl.), Dr. v. Heydebrand (kons.), der ein Schlußantrag das Ende bereitete.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird der Kompromißantrag, wonach bei den Zusatzstimmen die vorgesehenen Fristen für Kriegsteilnehmer nicht gelten sollen, angenommen. **Die Vorlage über die Wahlen zum Abgeordnetenhause wird erledigt.**

Ohne Aussprache wird ferner das Gesetz über die Zusammensetzung des Herrenhauses in der Fassung der dritten Lesung angenommen.

Dann werden die Sicherungsanträge des Zentrums mit 265 gegen 62 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag auf Dreiviertelmehrheit bei Verfassungsänderungen.

Die Gesamtabstimmung ergab die Annahme der ganzen Gesetzentwürfe und das Haus vertagte sich.

Deutscher Reichstag.

(198. Sitzung.) *CB.* Berlin, 12. Juni.

Vizekanzler v. Payer und Kriegsminister v. Stein befinden sich am Regierungstische. Die weiteren Beratungen über den Reichshaushalt in zweiter Lesung bringen die

Fortsetzung der Aussprache über Heeresangelegenheiten.

Abg. **Schulenburg** (natl.) begrüßt die drei neuen Gesetzentwürfe, besonders die geplante Milderung der Militärstrafen. Die heimkehrenden Kriegsgefangenen müssen auf den Bahnhöfen angemessen verpflegt werden. Jetzt werden sie sogar manchmal, weil sie keine Fleisch- usw. Karten haben, abgewiesen. Mit der fürchterlichen Behandlung unserer Gefangenen, namentlich in Frankreich, steht im schärfsten Gegensatz die Behandlung der gefangenen Engländer und Franzosen in Deutschland. Wir billigen das, aber es darf nicht so ausarten, daß gefangene Offiziere zweiter Klasse fahren, während unsere Feldgrauen in der dritten zusammengepfercht werden. Der Aufklärungsdienst muß von sorgfältig ausgewählten Vorgesetzten erteilt werden; die Abendstunden sollten nicht dazu verwandt werden. Wenn Leute tatsächlich zwei Jahre lang keinen Urlaub erhalten haben, so hat eben der Kompagnieführer nicht aufgepaßt. Den alten, bereits im vierten Jahre im Felde stehenden Mannschaften müßte eine besondere Zulage gewährt werden. (Beifall.)

Kriegsminister **v. Stein:** Der Abg. Wirth hat das Benehmen der aus Berlin stammenden Mannschaften getadelt. Das ist nicht gerecht. Die Berliner haben ihre Schattenseiten, sie mögen manchmal etwas schnoddrig auftreten (Heiterkeit), das hindert aber nicht, daß sie gerade in Stunden der Gefahr überall in die Bresche springen und ihren Mann stehen. Natürlich kommen auch einmal Mißverständnisse vor, die zum Teil schon durch den anderen Dialekt hervorgerufen sind. So wurde z. B. einmal im Felde die Landung eines Freiballons gemeldet, der mit Offizieren bemannt sei, die eine fremde Sprache sprächen, es waren aber Sachsen. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Wirth hat im übrigen selbst gesagt, daß von hundert Klagebriefen 99 falsch seien. Die Verteilung der Orden ist immer eine schwierige und mißliche Sache. Das Eiserne Kreuz bleibt, was es ist: ein Ehrenzeichen. Bei der Verpflegung kommen zweifellos Fehler vor. Diese Schuldigen herauszufinden, ist aber eine wahre Sysiphusarbeit. Die Beschuldigung gegen Rote Kreuzschwestern wegen unerlaubter Zurückhaltung und Versendung von Lebensmitteln aus den Lazaretten muß bewiesen werden; auf bloße Gerüchte hin dürfte man solche Anklagen nicht erheben.

Abg. **v. Graefe** (kons.): Wir sind gegen die völlige Beseitigung des strengen Arrests. Parteipolitische Beeinflussung der Mannschaften durch Vorgesetzte wünschen auch wir nicht. Eine große Härte ist es, daß bei der Beförderung der Aufenthalt als Verwundeter im Lazarett nicht als Felddienst mitgerechnet wird. Die Lebensmittelkontrolle auf dem Lande wird viel zu rücksichtslos durchgeführt. Sogar Betten werden aufgerissen, und zwar von Soldaten. Verheiratete Unteroffiziere sollte man nach 12jähriger Dienstzeit zu Feldwebelleutnants befördern. Warum wird die vom Zentrum verlangte konfessionelle Statistik nicht durchgeführt? Sie kann doch nur ergeben, daß die Klagen berechtigt oder unberechtigt sind. Die ku-Leute gehören ausnahmslos an die Front, auch die Parlamentarier. Bei der Z.E.G. sind immer noch 79 ku-Leute im Bureau. Die Gewerkschaftssekretäre hat man aus politischen Gründen zurückgestellt. Inbezug auf die Behandlung unserer Gefangenen im Feindeslande muß mehr Energie aufgewendet werden.

General **v. Wrisberg** erklärt, es bestehe kein allgemeines Verbot für Soldaten, sich mit Abgeordneten in Verbindung zu setzen. Von den Bahnhofskommandanten ist nur einer ein General. Das Gehalt richtet sich aber nur nach der Stellung, nicht nach dem Range. Bei Urlaubserteilungen müssen wir auf die Eisenbahnen Rücksicht nehmen. Wann der Jahrgang 1870 entlassen wird, läßt sich noch nicht sagen.

Oberstarzt Dr. **Schultzen:** Die Zahl der Geschlechtskranken beim Heere ist lange nicht so hoch, wie angegeben wurde. Sie beträgt im Felde 15 vom Tausend, in der Heimat 8 vom Tausend, während sie im Durchschnitt der letzten Friedensjahre 19,7 vom Tausend betrug. Noch in keinem Kriege, der auch nur annähernd so lange gedauert hat, sind die Zahlen so günstig gewesen. Wenn die vom Abg. Wirth geschilderten unerhörten Vorkommnisse in den Lazaretten sich betätigen, werden sie abgestellt werden.

Abg. **Werner-Hersfeld** (D. Frakt.): Wir verlangen, daß die Heeresverwaltung mit allen Kräften für die Besserung des Loses unserer Gefangenen in Feindesland sich einsetzt. Der bloße Dank an das Heer, der jetzt so häufig ausgesprochen wird, genügt nicht. Wir haben auch für die Unterbringung der heimkehrenden Krieger zu sorgen.

General **v. Oven:** Wenn bei der Untersuchung auf dem Lande Mißstände vorkommen sollten, bitte ich um telegraphische Benachrichtigung, damit wir einschreiten können.

Abg. **Ryssel** (U. Soz.): Die Behandlung der Soldaten ist nicht besser geworden. Die Verfügungen des Kriegsministers werden einfach verlacht. Das Beschwerderecht muß geändert werden.

Die Weiterberatung wird dann auf morgen vertagt.

Wer ein Herz hat —

hat auch Geld für einen Beitrag zur

Ludendorff-Spende!

Den Kriegsbeschädigten zu helfen, aus unglücklichen Opfern des Krieges freudige und arbeitsfähige Männer zu machen, ist auch in Deine Hand gegeben.

Du sollst ja nur Geld opfern — **sie** haben für Dich Gesundheit und Leben aufs Spiel gesetzt!

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 14. Juni.

Sonnenaufgang	4^{29}	Mondaufgang	10^{51} V.
Sonnenuntergang	9^{21}	Monduntergang	12^{14} V.

1828 Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar gest. — 1837 Italienischer Dichter Graf Leopardi gest. — 1866 Beginn des Krieges zwischen Preußen und Österreich. — 1878 Geschichtschreiber Friedrich v. Raumer gest. — 1899 Abschluß des Samoavertrages zwischen Deutschland, England und Amerika. — 1903 Anatom Karl Gegenbaur gest.

Die Molkereien sind nötig.

Noch immer zeigt sich gegen die Einrichtung von Molkereien Widerstand. Es wird dabei übersehen, daß die Einrichtung der Molkereien in weiten Teilen Deutschlands bereits längst auf freiwilliger Grundlage durchgeführt ist und zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten arbeitet. Es wird bei diesem Widerstand der vorteilhafte Einfluß nicht in Betracht gezogen, den Molkereien und Molkerei-Genossenschaften auf die Viehzucht von jeher ausgeübt haben. Besonders auf die kleinbäuerliche Viehzucht wirken Molkerei-Genossenschaften in segensreicher Weise. Durch bessere Verwertung der Milch geben sie den Anreiz zu einer Vermehrung der Viehzahl. Sie verbreiten Aufklärung über die Viehhaltung. Die Leistungen der Molkereien für die Fettversorgung während des Krieges sind bekannt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß sich auf ihnen die Fettversorgung des deutschen Volkes aufbaut und daß ohne sie die Fettversorgung kläglich gescheitert wäre. In einer Fachzeitschrift vom 28. Mai wird z. B. auf den Kreis Simmern hingewiesen, der 12 240 Milchkühe zählt. Die an Molkereien angeschlossenen Landwirte mit 5000 Kühen liefern 180 Zentner, die nicht angeschlossenen mit 7200 Kühen nur 50 Zentner Butter monatlich. In vielen Kreisen wird auf den Kopf einer an die Molkerei angeschlossenen Kuh das 3—4fache an Butter aufgebracht als auf den Kopf der nicht angeschlossenen Kühe. Die Vorteile der Molkereien und des Anschlusses an sie für die allgemeine Fettversorgung sind hiernach zweifellos:

„Wirksame Bekämpfung des Schleichhandels",
„Sichere Nachprüfung des Verbleibs der Milch" und
„ihre gesamte Verwertung".

Dazu kommt die bessere Versorgung der Allgemeinheit mit den unbedingt notwendigen Fetten. Für die Ernährung des Heeres und der für die Heeresverwaltung angestrengt arbeitenden Bevölkerung ist eine ausreichende Fettversorgung unter allen Umständen erforderlich und daraus ergibt sich von selbst, daß die Einrichtung von Molkereien und der Anschluß an sie im ganzen Reiche unter allen Umständen durchgeführt werden muß.

* — In der Schlußsitzung der 45. Hauptversammlung des Internationalen Hotel-Besitzer-Vereins wurde als Tagungsort für 1919 voraussichtlich Köln bestimmt. Mit dieser Tagung soll das 50jährige Bestehen des Vereins begangen werden.

* **Neue Reisebrotmarken.** Die Zentralbehörden haben die äußere Form der Reisebrotmarken neu gestaltet. Die 10-Gramm-Abschnitte der auf insgesamt 50 Gramm lautenden Reisebrotmarken fallen weg. Dadurch wird eine Umgestaltung der Marken bedingt. Der kleine schwarze Reichsadler erscheint im linken Rand. Unter dem Wort „Reisebrotmarke" wird anstatt „40 Gramm Gebäck" künftig „50 Gramm Gebäck" stehen. Endlich werden die Markenbogen um 1 Zentimeter schmäler gehalten werden. Die in Bayern und Württemberg zur Ausgabe gelangenden 50-Gramm-Marken werden sich von denen in den übrigen Bundesstaaten nicht mehr unterscheiden. Durch diese Umgestaltung wird die Gültigkeitsdauer der bisher verausgabten 50-Gramm-Marken mit 10-Gramm-Abschnitten nicht beeinträchtigt. Sie bleiben also neben den neuen Marken dauernd gültig.

* **Die Sparmetalle der öffentlichen Gebäude.** Die Abgg. Dr. Arendt (Rp.), Bartschat (Vp.), Dr. Bell (Ztr.), List (Ebingen, natl.), Schiele (kons.), haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. April 1917 angeordnete Beschlagnahme der Sparmetalle der Privatwirtschaften so lange nicht zur Durchführung zu bringen, als 1. die Sparmetalle, insbesondere Türklinken und Fenstergriffe, aus allen öffentlichen Gebäuden nicht von der abgeliefert sind, 2. in allen von deutschen Truppen besetzten Gebieten die gleichen Maßregeln nicht vorher völlig durchgeführt sind, 3. Fürsorge getroffen ist, daß die Ausführung der Maßregel den Beteiligten keinen Schaden bringt und für die Zukunft die kostenfreie Wiederherstellung des früheren Standes gesichert ist.

□ **Verkehr mit Schrotmühlen.** Die Stellvertretenden Generalkommandos haben in den letzten Wochen eine neue Verordnung über nicht gewerblich betriebene Schrotmühlen erlassen, die an die Stelle ihrer bisher geltenden Verordnungen über Schrotmühlen getreten ist. Die neue Verordnung stellt eine erhebliche Verschärfung der bisher geltenden Vorschriften dar, soweit die Herstellung und der Umsatz von Schrotmühlen oder von Teilen von solchen in Frage kommt; beides wird unter Strafandrohung grundsätzlich untersagt. Eine derartige Verschärfung war erforderlich, da die bisher gegebene Möglichkeit der Herstellung und des Absatzes von Schrotmühlen an Händler zu außerordentlichen Mißständen geführt hat. Die unter Umständen erforderlichen Ausnahmen von dem Verbot der Überlassung erteilen die unteren Verwaltungsbehörden; von dem Verbot der Herstellung kann die Reichsgetreidestelle Ausnahmen zulassen, die demgemäß beabsichtigt, einzelne ihr als vertrauenswürdig bekannte Fabriken unter ihrer ständigen Kontrolle mit der Fabrikation zu betrauen. Um unmißverständlich klarzustellen, daß jede zum Zerkleinern, d. h. zum Mahlen, Quetschen oder Schroten von Getreide, Hülsenfrüchten oder Mais geeignete Vorrichtung unter die Verordnung fällt, ist in der Verordnung ausdrücklich hervorgehoben, daß derartige Vorrichtungen auch dann als Schrotmühlen anzusehen sind, wenn sie als Kaffeemühle, Knochenmühle oder anders bezeichnet werden; auch Haferquetschen unterliegen der Verordnung. Zeitungsanzeigen, die den Erwerb oder die Veräußerung von Schrotmühlen oder von Teilen von Schrotmühlen zum Gegenstande haben, sind künftig untersagt und strafbar.

Paderborner Stadtchronik.

* Die abnorme Witterung fügt der gesamten Pflanzenwelt unberechenbaren Schaden zu. Das Wachstum ist stark zum Stillstand gekommen. Was fehlt, ist Regen und Wärme. Aber weder Regen noch Wärme wollen kommen. Wenn man acht Tage vor dem offiziellen Sommeranfang noch feststellen muß, daß der Zimmerofen noch gut der Wärmespender abgeben könnte, so besagt das zu Genüge, wie abnorm die Wetterlage ist. Und leider ist Aussicht auf eine Besserung kaum vorhanden. Eine Erklärung für diese andauernde Kälte hat man noch nicht vernommen.

— Zur Beschlagnahme der Türklinken hat der Heimatbund beim Magistrat den Erlaß einer Bekanntmachung gewünscht, in der die Einwohner darauf hingewiesen werden, daß die vor 1850 angefertigten Türdrucker und Beschläge und solche von künstlerischem Werte von der Beschlagnahme ausgenommen sind und daß in Zweifelsfällen die Befragung eines Sachverständigen anzuraten ist.

× Einschmelzung der Denkmäler. Mit dem Einschmelzen von Denkmälern soll nun in der nächsten Zeit begonnen werden. Man hat drei Gruppen von Denkmälern bezeichnet, deren erste diejenigen Werke umfaßt, die sofort beschlagnahmt werden können. Eine zweite Gruppe bezeichnet Denkmäler, die nur im dringenden Bedarfsfalle zur Einschmelzung kommen sollen, während eine dritte Gruppe die auf alle Fälle zu schützenden Werke erfaßt. Unter letztere werden in der Regel nur solche von historischem oder besonderem künstlerischem Werte fallen. Da die meisten deutschen Denkmäler keine Originale, sondern Nachbildungen sind, werden künstlerische Einbußen überhaupt nicht zu verzeichnen sein. Eine gewisse Auslese unter den Denkmälern dürfte dem künstlerischen Geschmack der Bevölkerung auch gerade keinen Schaden zufügen. Berechtigte Wünsche einzelner Gemeinden auf Abgüsse, Nachbildungen usw. ihrer Denkmäler sollen nach Möglichkeit erfüllt werden. Grabdenkmäler bleiben von der Beschlagnahme frei. Für unsere Stadt kommt somit ein Denkmalsverlust kaum in Betracht.

— Eine prächtige alte Linde ist auf dem Konviktsplatz an der Kreuzungsstraße Bischofsteich trocken geworden. Wahrscheinlich ist das Eingehen des Baumes auf die Nähe der Gasleitung zurückzuführen. Vor ein paar Jahren gingen auf gleiche Art zwei junge Linden auf dem Domplatz ein.

? Ein Hamsterer mit 40 Pfund Butter war gestern morgen nach hier gemeldet worden. Der 8 Uhrzug nach Salzkotten wurde aber vergeblich abgesucht. Die Butter sollte in den Industriestädten verwuchert werden.

⊙ Theater in Paderborn. Herr Geh. Intendanzrat Berthold-Detmold gab gestern mit seinem Künstler-Ensemble im Bürgervereinssaal als erstes in einer Reihe von Gastspielen das Lustspiel „Der Herr Senator" von Schönthan und Kadelburg. Wohl nur infolge der gleichzeitigen Abschiedsvorstellung bei Barum wies der Zuschauerraum einige große Lücken auf und man darf bestimmt erwarten, daß die weiteren Theater-Gastspiele wie früher das gewöhnte volle Haus finden werden, zumal der Geh. Intendanzrat Berthold ein leistungsfähiges und gut eingespieltes Ensemble zur Stelle hat. Ueber den guten alten Bekannten „Der Herr Senator" braucht kein Wort gesagt zu werden. Der Dreiakter ist dafür zu geläufig. Die Firma von Schönthan und Kadelburg hat es allemal verstanden, eine Lustspielkost zu fabrizieren, die zog und heute noch zieht, obschon sie auf die „Errungen der Modernen" gänzlich verzichtete. Sie konnte dies auch, denn sie verstand es vortrefflich, ihren Stoff in Wort und Bild mit gesundem Humor und vielseitiger nie unfehlbar wirkender Situationskomik aufzubauen. „Der Herr Senator" stellt eines der gelungensten Werke aus der Blütezeit des deutschen Lustspieles dar und erwies sich auch gestern wieder als ein vortrefflicher Unterhalter. Um die gutabgerundete Wiedergabe machte sich Herr Julius Glaß als Spielleiter und besonders auch als Darsteller der Titelrolle verdient. Er verlieh seinem Senator den echten und rechten Zug und erzielte dadurch volle Wirkung. Ausgezeichnet darf man auch die flotte Darstellung des unwiderstehlichen Dr. Gehring durch Herrn Gustav Litteck nennen und im gleichen Zuge ist auch des Unwiderstehlichen Partnerin die Stephanie zu nennen, die in Fräulein Gudrun Vincent eine reizende Vertreterin fand. Gut aufgehoben war ferner das Paar Mittelbach bei Herrn Otto Lundt und Fräulein Else Maneke, wie auch alle anderen Partien durchweg einwandsfrei dargestellt wurden. Da auch das Gesamtspiel sich lückenlos erwies, konnte es nicht fehlen, daß das Publikum seine Zufriedenheit durch lauten Beifall und herzliche Lachsalven kundgab. Nach dem gestrigen Erfolg kann der Besuch der heutigen Wiederholung als Volksvorstellung nur empfohlen werden.

— Das leichtsinnige Auf- und Abspringen von fahrenden Straßenbahnwagen hat schon ungezählte Menschenleben und Verkrüppelungen gefordert, aber trotzdem kann man auch in Paderborn Tag für Tag solch Leichtsinnige antreffen. Alle Warnungen nützen nichts und so kann man kaum noch Mitleid mit dem empfinden, der sich diesen Gefahren aussetzt. Auch gestern versuchte ein Soldat auf der Westernstraße auf einen in voller Fahrt befindlichen Wagen zu springen. Er kam dabei zu Fall und unter den letzten der drei Wagen, glücklicherweise ohne von den Rädern erfaßt zu werden.

Von Nah und Fern.

× Driburg, 13. Juni. Durch Brandunglück wurde gestern nachmittag das große Lagerhaus der Glashütten-Niederlage B. Koch jr. zerstört. Als Entstehungsursache nimmt man Selbstentzündung an. Durch die Hitze der brennenden Kisten zersprangen die Fenster des Lagerhauses, die Flammen fanden an den Stroh-, Papier- und Holzwollpackungen der Glaswaren reichlich Nahrung und so ist es kein Wunder, daß in kurzer Zeit die Flammen aus dem Dache heraus hoch in die Luft schlugen. Gegen das mit ungeheurer Gewalt so plötzlich hereinbrechende Element war der zufällig allein anwesende Lagerverwalter Herr Bülling machtlos. Auch die sofort herbeigeeilten Soldaten des Kgl. Genesungsheims und die Feuerwehr konnten nur geringe Mengen von dem reichen Lagerbestande retten; sie mußten sich darauf beschränken, die Laden- und Kontorräume und das Wohnhaus zu beschützen. Von dem erst vor einigen Jahren völlig neu erbauten großzügig eingerichteten Lagerhause stehen nur noch die vier Außenwände. Der Boden ist hoch mit Schutt, Glasscherben und zerschmolzenem Glas bedeckt. Für etwa 300 000 Mark Glaswaren sind vernichtet; da sie nur teilweise versichert waren, erwächst der Firma ein sehr großer Schaden.

§ Detmold, 12. Juni. Um eine weitere Preissteigerung zu verhindern, hat die Regierung mit Zustimmung des Staatsministeriums die freiwillige Versteigerung von Ferkeln verboten.

:!: Steinhausen (Büren), 12. Juni. Der Freiherr von Brenkensche Förster Böke hatte am Samstag Abend einen schweren Kampf mit Wilddieben zu bestehen, in deren Verlauf der Förster schwer verletzt wurde. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Die Förster hatte jedoch die Geistesgegenwart, auf die Wilddiebe zu schießen. Hoffentlich werden hierdurch die Täter ermittelt und zur Bestrafung gezogen.

— Bielefeld, 12. Juni. Vor einigen Wochen hatte der hiesige Magistrat an das Landesfleischamt und die nachgeordneten Stellen eine Eingabe gerichtet im Interesse geregelter Milch- und Butter-Versorgung, vorübergehend die Rindviehschlachtungen einzustellen. Diese Anregung ist jetzt vom Landesfleischamt abschlägig beschieden; an eine Herabsetzung der Menge sei nicht zu denken, dagegen bleibe es Bielefeld überlassen, Maßnahmen in dieser Hinsicht zu treffen, doch habe ein gesondertes Vorgehen gar keinen Sinn.

Y **Höxter**, 11. Juni. **Die erste neue Kornfrucht fällt unter der Sense des Schnitters: die Landwirte beginnen hier mit der Einerntung der Wintergerste, deren Ertrag als sehr gut bezeichnet wird.**

× Düsseldorf, 12. Juni. Der Kunstmaler Wilhelm Tell und der Kutscher Otto Sommer hatten in den letzten zwei Jahren fortgesetzt von angekommenen Eisenbahngütern die echten Begleitzettel abgerissen, gefälschte Zettel aufgeklebt und mit gleichfalls gefälschten Frachtbriefen diese Güter, hauptsächlich Lebensmittel, abgeholt. Die Eisenbahnverwaltung schätzt ihren Verlust auf 40 000 Mk. Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den Tell zu 3 einhalb Jahren Zuchthaus, den Sommer zu 2 Jahren Gefängnis. Die Frage, ob der Eisenbahnfrachtbrief eine öffentliche Urkunde sei, wurde von den Geschworenen verneint.

+ Neuß, 11. Juni. Im Wahlkreis Neuß-Grevenbroich, den Graf Spee im preußischen Abgeordnetenhaus vertritt, nahm eine Vertrauensmännerkonferenz der katholischen Arbeitervereine einstimmig eine Entschließung an, in der das Auftreten des Grafen bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause scharf getadelt wird. Man werde das Verhalten ihm gegenüber danach einrichten.

)(Hamburg, 12. Juni. Die im November 1910 in Neuengamme angebohrte Erdgasquelle ist, nach Mitteilung der Hamburger Gaswerke, nunmehr völlig versiegt. Die Quelle, der anfangs das Gas mit Druck von 27 Atmosphären entströmte, ließ schon seit langer Zeit langsam nach, so daß mit einem völligen Versiegen gerechnet wurde. Dieser Zeitpunkt ist indes schneller als man erwartete eingetreten. Hamburg ist völlig auf die Gaswerke angewiesen.

Vermischtes

o Eröffnung einer Isonzo-Ausstellung. In Anwesenheit des Königs Karl fand in Stuttgart die feierliche Eröffnung der Isonzo-Ausstellung des österreichisch-ungarischen Bressequartiers statt. Der Vertreter des k. und k. Pressequartiers, Major Freiherr v. Schramm-Schiesel, hielt eine Ansprache an das Königspaar, worauf der König die Ausstellung für eröffnet erklärte. Sie veranschaulicht in ausgewählten Werken österreichisch-ungarischer Kriegsmaler und Kriegsbildhauer die schweren Kämpfe der 12 Isonzo-Schlachten.

o Eduard v. Gebhardts 80. Geburtstag. Eduard v. Gebhardt, der Meister der religiösen Malerei, wird heute 80 Jahre alt. Dadurch, daß er seine Religionsschilderungen realistisch gestaltete und in das Gewand des Reformationszeitalters kleidete, schuf er sich ebenso heftige Gegner wie eifrige Bewunderer, doch fand seine Darstellung in neuerer Zeit allgemeine Anerkennung. Das erste Werk Gebhardts, der zu St. Johannes in Estland geboren wurde und 1874 bis 1912 Lehrer der Düsseldorfer Kunstakademie war, war der Einzug Christi in Jerusalem (1868), dem sein Hauptwerk, die Kreuzigung (1873), die Himmelfahrt Christi (1881), das Abendmahl und zahlreiche Bilder aus der Reformationszeit folgten.

Kirchliches.

* Münster, 12. Juni. In Koblenz a. Rh. starb der Provinzial der rheinisch-westfälischen Kapuzinerordensprovinz, P. Clarentius. Vor seiner Wahl zum Leiter der Provinz, die Herbst 1917 erfolgte, war er Guardian des hiesigen Kapuzinerklosters, in dem er mit Unterbrechungen die meisten Jahre seines priesterlichen Ordenslebens verbrachte.

*

Die VII. Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands in Fulda.

£ **Fulda**, 10. Juni. Die VII. Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands nahm am gestrigen Sonntagabend mit einer stimmungsvollen Einleitungsfeier ihren Anfang. Der Fuldaer Zweigverein hat dabei alles aufgeboten, um den aus allen Gauen, selbst von den entlegensten Marken Deutschlands herbeigeströmten Frauen einen herzlichen Empfang zu bieten. Den Kernpunkt des Abends bildete ein von Herrn Pfarrer Rüdling von Aufenau verfaßtes weihevolles Festspiel, das in Wort, Ton und Bild die große hl. Elisabeth, Deutschlands Nationalheilige, verherrlichte. Es gehen ja die Gedanken der in Fulda versammelten deutschen Frauen auch hinüber nach Eisenach, dem Wirkungskreis der Armenmutter auf dem Thron, zu ihr, deren Fuß so oft die Gaue dieses Landes auf Liebespfaden durchschritten; denn der Frauenbund hat ja auch die Caritas auf seine Fahne geschrieben; er bemüht sich, Elisabethgeist in seinen Mitgliedern zu wecken und zu pflegen, und die Jugend des Bundes schart sich im Jung-Elisabeth-Caritaswerk begeistert unter das Banner der edlen Frau.

Dem einleitenden Festabend werden Werktage folgen reich an Arbeit. Sind es doch außerordentlich schwierige Probleme, brennende Fragen, die die Tagung aufrollen wird, um sie einer glücklichen Lösung entgegenführen zu helfen. „Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft" ist der Leitgedanke der Tagung. Sie will die deutschen Frauen hellsichtig und feinhörig machen für ihre Aufgaben in der kommenden schweren Zeit nach dem Kriege. — Wird die Generalversammlung auch arbeitsschwere Tage bringen, so werden es eben deshalb auch, so hoffen alle, Tage sein, reich an Segen für Deutschlands Frauenwelt.

Eingesandt.

Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Nicht gerade angenehm überrascht hat die Ankündigung der fleischlosen Woche, der vermutlich noch weitere folgen werden. Die Hausfrau hat wohl ein Verständnis dafür, daß durch den verlängerten Weidegang der Tiere diese schwerer und vollfleischiger werden und sie sieht ein, daß eine doppelte Fleischvermehrung durch fleischlose Wochen erreicht wird. Da man Ersatz in Gestalt von Fett und Eier gewährt, wird der Fleischausfall um so leichter überwunden werden. Was die fleischlosen Wochen noch schmackhafter machen würde, wäre die Gewißheit, daß die vielen Geheimschlachtungen, von denen die Spatzen von den Dächern erzählen, mit besonderem Nachdruck bekämpft würden. Im Kleinen und im Großen wird auf diesem Gebiete auf Kosten der Allgemeinheit sehr viel gesündigt, von Landwirten, Schleichhändlern und wie der Fall Sande besagt, leider auch in Kreisen, von denen man es am wenigsten erwarten sollte. Wenn es wahr ist, daß man dort an 90 Großviehhäute gefunden hat, kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, welch große Vieh- und Fleischmengen auch in unserem Kreise der Allgemeinheit entzogen werden. Man wird sogar annehmen können, daß keine fleischlose Wochen notwendig wären, wenn sich jeder mit dem begnügen würde, was ihm zusteht. Hier haben unsere Zivil- wie Militärbehörden ein dankbares Feld der Betätigung. Wenn die Allgemeinheit weiß, daß mit eiserner Strenge gegen diese Volksschänder vorgegangen wird, dann wird diese noch viel freudiger aus- und durchhalten und auch das Fleisch gern einige Male entbehren.

Eine Bürgerin.

Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldungen

Vertagung des Landtags.

bb. Berlin, 12. Juni. Wie verlautet, beabsichtigt die Staatsregierung die beiden Häuser des Landtags bis zum 20. September zu vertagen, sobald nach dem 4. Juli die Wiederholung der Abstimmung und die erste Beratung der Wahlrechtsvorlage im Herrenhaus erfolgt ist. Am 20. September soll dann die Kommission des Herrenhauses zur Beratung der Wahlrechtsvorlage zusammentreten. Am 10. Oktober soll das Abgeordnetenhaus wieder zusammenkommen.

Fliegerangriff auf Paris.

f. Frankfurt a. M., 13. Juni. Aus Basel wird der „Frkf. Ztg." gemeldet: Gestern nacht ist von neuem ein Fliegerangriff auf Paris erfolgt. Nähere Nachrichten darüber liegen noch nicht vor. Infolge des Fliegerangriffs sind die telegraphischen Verbindungen unterbrochen.

Amerikas U-Bootfurcht.

TU. Haag, 13. Juni. Reuter meldet aus Washington: Die Küstenschiffahrt an der nordamerikanischen Küste soll gegen U-Bootangriffe dadurch gesichert werden, daß man die Küstenfahrer nur noch zu Geleitzügen vereinigt fahren läßt.

Chalon und Epernay.

b. Haag, 13. Juni. „Daily Mail" meldet aus Paris: Nachdem zuvor die Stadt Epernay von den Deutschen unter Feuer genommen sei, fielen in den letzten Tagen auch einige schwere Granaten auf Chalon an der Marne.

Nachruf!

Am 10. Juni starb nach langem, schwerem Leiden der

Lehrer Herr

Heinrich Schlüter.

Seit Ostern 1903 an der Markkirch-Schule wirkend, hat er seine ganze Kraft mit größtem Erfolge dem Wohle der ihm anvertrauten Jugend gewidmet.

Reich an Wissen und Erfahrung war er seinen Schülern ein vorbildlicher Lehrer und Erzieher, seinen Mitarbeitern ein stets hilfsbereiter Freund und Berater.

Sein Andenken wird bei uns fortleben in Ehren.

Paderborn, den 12. Juni 1918.

Die Stadtschuldeputation:
Oberbürgermeister **Plaßmann.**

Die Lehrer und Lehrerinnen der Markkirch-Schule.
I. A.: **Herwald**, Lehrer.

Bürgerverein.
Heute Donnerstag 8 Uhr
Volksvorstellung
Der Herr Senator
Einheitspreis 0.60 Mark.

Inserate aller Art
finden bei der fortgesetzt steigenden Leserzahl in Stadt und Land Paderborn im
„Paderborner Anzeiger"
:-: Amtliches Kreisblatt :-:
Anzeiger für Neuhaus u. Delbrück
weite Verbreitung und versprechen sicheren Erfolg.
Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.

Zahnpraxis J. Schaltenberg
Paderborn, Westernstraße 35.
Von der Reise zurück.
Sprechstunden von 9–1 und 2–5 Uhr.
Zahnarzt **Heckhoff.**

Verordnung

betreffend den Abschluß von Kaufverträgen über Rindvieh, Schafe, Schweine und Kälber.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (RGBl. S. 607) und 4. November 1915 (RGBl. S. 728) wird hiermit für den Kreis Paderborn mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden folgendes bestimmt:

§ 1.

Bei sämtlichen Kaufabschlüssen über Rindvieh, Schafe, Schweine und Kälber ist ein Schlußschein in dreifacher Ausfertigung auszustellen. In dem Schlußschein ist der Name und Wohnort des Käufers und Verkäufers sowie das verkaufte Vieh und die Höhe des Kaufpreises genau anzugeben. Alle drei Ausfertigungen sind von dem Käufer und Verkäufer unter Angabe des Tages und Ortes des Vertragsschlusses mit ihrem Namen eigenhändig zu unterzeichnen.

Für die Richtigkeit der Angaben in dem Schlußschein haften sowohl der Käufer wie der Verkäufer.

§ 2.

Unverzüglich nach Abschluß des Kaufvertrages hat der Verkäufer eine Ausfertigung des Schlußscheines an das Königliche Landratsamt in Paderborn einzusenden. Die beiden anderen Ausfertigungen haben der Käufer und Verkäufer mindestens ein Jahr lang sorgfältig aufzubewahren und den Revisionsbeamten des Kommunalverbandes auf Verlangen zur Einsichtnahme vorzulegen.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft, sofern nach den allgemeinen Strafbestimmungen keine höheren Strafen verwirkt sind.

Paderborn, den 19. Januar 1918.

Der Kommunal-Verband.

Vorstehende Verordnung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Paderborn, den 11. Juni 1918.

Der Kommunal-Verband.

Verlobungs-Anzeigen
in geschmackvoller Ausführung auf
Karton und ff. Büttenpapieren
in verschiedenen Formaten u. Qualitäten liefert die Buchdruckerei des
Paderborner Anzeigers
Bahnhofstr. 13 Paderborn Fernruf 918.

Ein gut verzinsbares
Geschäftshaus
für Lebensmittel bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht.
M. Wegener, Witten-Ruhr,
Bellerslohstraße 11.

- Wer auf -
Lippspringer Kundschaft
rechnet, findet dazu den sichersten Weg durch ein
Inserat
in
Lippspringer Anzeiger
dem einzigen, verbreitetsten Lokalblatt in Lippspringe.
Anfragen richte man an die Haupt-Geschäftsstelle
Paderborn :: Bahnhofstr. 13.

Ich suche zum 1. Juli oder sof. ein älteres, besseres kath.
Mädchen
oder einfaches **Fräulein**
in Kinderpflege erfahren.
Zeugnisse und Lohnanspr. zu richten an
Frau Brauereidirektor
Max Kleine,
Lippstadt, Kastanienallee 2.

Zwei Damen suchen
1 Zimmer mit Verpfleg.
für 4–6 Wochen in gesunder Gegend.
Preis-Offerten bitte an
Frau Wiekenberg, Bochum Ottostr. 47.

Suche für meinen Sohn 15 Jahre alt evgl. Stelle als
Hütejunge.
Lohn wird nicht verlangt jedoch gute Behandlung.
Offerten an P. Sonntag, Essen, Mittweg 18.

Zuverlässiges
Mädchen
zu baldigem Eintritt gesucht (auch zum 1. Juli).
Frau Dr. Taurke,
Wittbräucke bei Dortmund.

Ia
Pferdehäcksel u. Pferdefutter
wieder vorrätig.
P. Hecker & Sohn,
Paderborn.

Pianos und Harmoniums.
1. bestes Fabrikat in hervorragender Qualität, vollendet in Ton und Konstruktion, gute Auswahl in allen Preislagen. Stimmungen und Reparaturen gut und preiswert, langjährige Garantie. Harmoniums auch auf Wunsch zur Miete.
Georg Wiedbrauck,
Pianohaus,
Holzminden, Grabenstr. 2

Im Bahnhofsviertel wird zum 1. Oktober
abgeschlossene 4—5 Zimmerwohnung
f. dauernd zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 105 an die Geschäftsst. d. Anzeigers

Truppen-Theater Sennelager.
Direktor v. Bastineller.
Freitag, den 14. Juni
7.45 Uhr
Der Weg zur Hölle
Lustspiel in 3 Akten von Kadelburg.
Nach Schluß Straßenbahn nach Neuhaus und Paderborn.

Bekanntmachung

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten betreff. Rationierung d. Verbrauchs und bessere Erfassung der Milch vom 5. Dezember 1917 das Verfüttern von Vollmilch an Ferkel verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Paderborn, 11. Juni 1918.

Der Landrat.

Gattersäge
400 bis 800 mm Stammd. gebraucht, doch gut erhalten, gegen Kasse zu kaufen gesucht.
Uebing & Co.,
Bielefeld.

Bettfedern
Gelegenheitskauf: Ia. rein. Gänsefedern a. Schleißen 9 Pfd. 20.— franko N. m. Sack.
Zeise & Co., Königsberg i. Thür.

Flüssiges
Waschmittel
Udings Radical-Grün
vom Kriegsausschuß freigegeben, per Ltr. 70 Pfg.
Gibt feinste Wäsche. Greift nicht an. Ein Versuch führt zum ständigen Gebrauch.
Zu haben bei
F. Nordhaus,
Paderborn, Martinstr.
Wiederverkäufer gesucht.

Lange Kurze **Pfeifen**
empfiehlt
Aug. Uhlenhuth,
Paderborn, Kamp 1.

Druck, Verlag u. Redaktion von Martin Wagner, Paderborn.